

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## Schweizer arbeiten immer weniger

Bern, (spk) Die Arbeitszeit der Schweizerinnen und Schweizer sank in den letzten sieben Jahren um 1,4 Wochenstunden. Im Schnitt wurde 1992 in der Schweiz 42 Stunden pro Woche gearbeitet, wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) am Montag mitteilte. In der Deutschschweiz war der Rückgang ausgeprägter als im Tessin und in der Westschweiz.

Während die durchschnittliche Arbeitszeit im Baugewerbe 43 Stunden betrug, belief sie sich im Maschinenbau, in der Tabakindustrie, Chemie, Verlagswesen und Uhrenindustrie auf unter 41 Stunden. Die Angestellten im Dienstleistungsbereich arbeiteten laut der Erhebung des Biga im Schnitt 42 Stunden.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit beobachtete das Biga in allen Kantonen, wobei sich die Tendenz in der Deutschschweiz ausgeprägter zeigte als im Tessin und in der Westschweiz. Mit 43 Stunden durchschnittlicher Arbeitszeit sind die Bündner im kantonalen Vergleich am fleissigsten. Im Kanton Gené wird mit 41,3 Stunden am wenigsten gearbeitet.

## Stabilität und Berechenbarkeit stehen derzeit auf dem Prüfstand

Bestimmte Kreise in der Vaterländischen Union (VU) bekunden offensichtlich Mühe, den Wahlausgang zu akzeptieren – Koalitionsgeplänkel

(G. M.) – Unter der Initiative der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) finden derzeit Gespräche zwischen der Vaterländischen Union (VU) und der FBP statt, die zum Ziele haben, eine Koalition zu bilden. Während eine Delegation der VU in offizielle Verhandlungen mit der FBP über die Koalitionsbildung eingetreten ist, haben sich offensichtlich noch nicht alle Kreise der VU mit dem Wahlausgang abgefunden. Aus redaktionellen Beiträgen im «Liechtensteiner Vaterland» sind Störaktionen erkennbar, deren Absichten unverkennbar sind, aber deren Zielrichtung nicht ganz erkennbar wird. Soll die Bildung einer «grossen Koalition» zwischen FBP und VU torpediert werden?

Vor den Wahlen war es offenbar einfacher, die eigene Stärke zu demonstrieren und allen Stimmberechtigten weiszumachen, dass die VU allein in der Lage sei, den Staat als verantwortliche Gruppierung zu lenken. Nach dem harten Verdikt der Wählerinnen und Wähler, die einerseits die VU als mandatsstärkste Partei deutlich zurückstufen, andererseits aber auch einem Drei-Parteien-System gegen den erklärten Willen der VU den Vorzug gaben, sind offensichtlich alle vorherigen Erklärungen relativiert. Würde man die verschiedenen Äusserungen, die im «Vaterland» in den letzten Wochen publiziert wurden, zu ihrem Nennwert nehmen, so könnte man den Eindruck erhalten, die VU sei zu einer völlig neuen Partei geworden.

### «Berechenbare politische Kraft»

Schon zu einem Zeitpunkt, als das «Vaterland» noch jedes Wort von FBP-Seite umdrehte, um dann erklären zu können, die FBP habe den Wahlkampf eröffnet, gab VU-Präsident Oswald Kranz zu verstehen, dass die VU «die einzige berechenbare politische Kraft in Liechtenstein» sei – was in der Folge über Monate hinweg stereotyp in den verschiedensten Variationen wiederholt wurde. «Auf die VU ist weiterhin Verlass», hiess es in grossen Lettern. «VU garantiert Stabilität» und «Auf die VU ist weiterhin Verlass» wurde propagiert. Nicht unbescheiden folgten Schlagzeilen wie «Die VU ist die sicherste Garantin für eine gute Zukunft». Für jene, die dem VU-Weg immer noch nicht folgen wollten, gab es auch Drohungen: «Der Preis für einen Wechsel heisst Unberechenbarkeit und Instabilität.»

### Ist jetzt alles anders?

Eine Wahlniederlage, die den Anspruch der Unbesiegbarkeit zerstörte,

eine designierte Regierungsmannschaft wegfegte, langjährige Parlamentarier von der weiteren Mitarbeit im Landtag ausschloss und den Verlust von zwei Mandaten einbrachte, ist für eine erfolgsgewohnte Partei nicht einfach. Aber auch unter Einschluss dieser bitteren Erfahrungen muss doch die Frage gestellt werden, ob alle Versprechungen von früher nicht mehr gelten. Ist jetzt alles anders? Wie steht es mit der Stabilität? Wie steht es mit der Verlässlichkeit? Liegt die Berechenbarkeit nicht mehr vor? Was ist mit der VU als Garantin für eine gute Zukunft? Solange auf jedes Communiqué der Verhandlungspartner für die Bildung einer Koalition im «Vaterland» negative Schlagzeilen auftauchen, die wohl dem Ziel der Verunsicherung dienen sollen, so wird die VU über kurz oder lang nicht darum herumkommen, um diese Fragen in der Öffentlichkeit zu beantworten.

### Problematic der Instabilität

Mit einem gewissen Bedauern wird zur Kenntnis genommen, dass auch Standpunkte, die vor den Wahlen eingenommen wurden, heute nicht mehr gelten sollen, weil sie auf dem Altar der Opportunität geopfert werden wollen. So schrieb Günther Fritz im «Vaterland» in einer Stellungnahme: «Die ... ge-

machte Äusserung, dass die VU im Wahlkampf den Einzug der Freien Liste in den Landtag mit dem Begriff der instabilen politischen Verhältnisse in Zusammenhang gebracht habe, ist eine glatte Unterstellung.» Offensichtlich möchte er nicht mehr daran erinnert werden, dass er am 23. Januar 1993, also kurz vor dem für die VU unerwarteten Wahlausgang, in einem Leitartikel schrieb: «Wenn also bei einer allfälligen 12:12:1 Konstellation eine grosse Partei nurmehr eine Vorlage im Parlament durchbringen kann, wenn sie sich von der Freien Liste möglichst viele Zugeständnisse abringen lässt, dann sind die Zersplitterung der politischen Kräfte und die Instabilität der politischen Verhältnisse vorprogrammiert.» Andere Stellen liessen sich anfügen, um zu beweisen, dass es sich nicht um eine Unterstellung handelt, sondern um einen Hinweis auf frühere Äusserungen.

### Programmatische Absprachen

Zweifelloso sollten solche Aussprüche nicht auf die Goldwaage gelegt werden, da die vergangenen drei oder vier Wahlkämpfe für die VU jeweils eine eigene Dynamik entwickelten, aber etwas symptomatisch sind derlei Richtungsänderungen schon. Die künftige Koalition dürfte weder bei ihrer Bildung noch bei ihrer Aufrechterhaltung ein einfaches Gebilde sein. Weder die VU noch die FBP sind sich gewohnt, in einem Drei-Parteien-System zu agieren. Die früheren Koalitionsabsprachen genügen zur Bildung einer stabilen Regierung, die sich an Sachkriterien orientieren möchte, nicht mehr. Dafür aber braucht es nicht nur personelle Absprachen wie bisher, sondern ebenso Abmachungen über ein Regierungsprogramm, das gemeinsam verwirklicht werden soll.

Damit kann sich Hubert Hoch, Chefredaktor des «Vaterland», allerdings noch nicht abfinden, wie er am vergangenen Samstag in einem Kommentar zur Finanzpolitik mitteilte. Seine Auslassungen – «jetzt sollen sie beweisen, dass sie es besser machen können» – entbehren der Sachlichkeit und auch der Einsicht, dass angesichts der grossen innen- und aussenpolitischen Probleme eine rasche und stabile Regierungsbildung erstes Ziel sein sollte. Eine Einordnung dieser Querschüsse bei der Koalitionsbildung erscheint schwierig. Vielleicht kann ein Satz helfen, den Hubert Hoch im vergangenen November schriftlich der Nachwelt überliefert hat: «Dass man bei solch niveaulosen Versuchen der Diskreditierung dann noch glaubt, mit primitivsten Anspielungen das Ganze garnieren zu müssen, verdeutlicht sowohl die Erbärmlichkeit wie Niederracht in der Ausrichtung politischen Wettstreits.»

## Die Bevölkerung von Planken wünscht sich Tempo 40 innerorts

Umfrage-Aktion der Gemeindevertretung brachte ein klares Ergebnis: 80 Prozent der Antworten für Temporeduktion von 50 auf 40 km/h

(mö) – In der Gemeinde Planken befürwortet eine grosse Mehrheit der Bevölkerung eine Geschwindigkeitsbegrenzung von bisher 50 auf 40 km/h auf sämtlichen Dorfstrassen. Dies ist das erstaunliche Ergebnis einer Umfrage, die vom Gemeinderat beschlossen und in den letzten Wochen durchgeführt wurde. Sofern sich auch der Gemeinderat für eine Temporeduktion ausspricht, was angesichts des klaren Umfrageergebnisses zu erwarten ist, soll umgehend ein entsprechendes Gesuch an die Regierung gestellt werden, so dass in der kleinen Berggemeinde Tempo 40 innerorts noch im Laufe dieses Jahres eingeführt werden könnte.

Bei der Plankner Gemeindevorstellung hatten sich in jüngster Zeit die Reklamationen von Einwohnern gehäuft, wonach Fahrzeuglenker oft mit überhöhter Geschwindigkeit durchs Dorf fahren würden. Besonders Mütter mit Kleinkindern sowie ältere Mitbewohner fühlten sich dadurch auf den teils schmalen Dorfstrassen bedroht und verunsichert. Der Gemeinderat nahm sich in der Sitzung vom 4. Februar dieser Problematik an und zog in der Diskussion

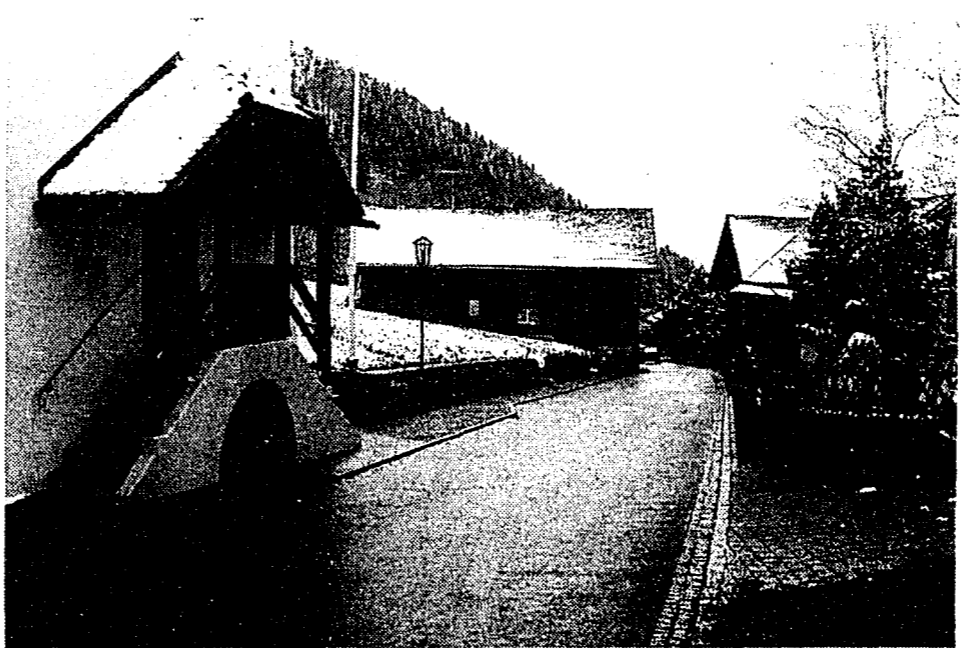
schliesslich die Möglichkeit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h innerorts in Betracht. Mittels Umfrage sollte auch die gesamte Bevölkerung in die Meinungsfindung miteinbezogen werden (das VOLKSBLATT berichtete darüber).

### Klares Votum für Temporeduktion

Die Umfragebögen wurden an sämtliche 105 Haushalte von Planken versandt. Die Rücklaufquote war überraschend hoch: 64 Befragte (61 Prozent) gaben bis Einsendeschluss (18. März) ihre Stellungnahme ab. Das Ergebnis fiel unmissverständlich aus: 51 Befragte (oder 80 Prozent aller abgegebenen Voten) sprechen sich für eine Reduktion der Innerortsgeschwindigkeit auf 40 km/h aus, nur zwölf (19 Prozent) möchten an der bisherigen Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h festhalten. Ein Einwohner entschied sich schliesslich für andere Lösungsvarianten (z. B. Temporeduktion auf Teilgebieten etc.).

### Umfrage-Aktion begrüsst

Im Rahmen der Umfrage hatte die Bevölkerung auch Gelegenheit, Meinungen und Wünsche zum Thema niederzuschreiben. Nach Auskunft von Vorsteher Eugen Beck kam dabei u. a. zum Aus-



Als erste Liechtensteiner Gemeinde dürfte Planken bereits im Laufe dieses Jahres Tempo 40 auf sämtlichen Dorfstrassen einführen. In einer Umfrage äusserten sich 80 Prozent der Befragten für eine Herabsetzung der Tempolimit von bisher 50 auf 40 km/h.

druck, dass bei einer allfälligen Temporeduktion zusätzliche Hinweistafeln angebracht werden sollten. (Fortsetzung auf Seite 2)

## Feldkirch: Der gelbe Bus rollt (fast) pausenlos

Für 100 000 Einwohner im Bezirk Feldkirch begann das Zeitalter des öffentlichen Busverkehrs

(pdg) – Seit gestern Montag, 6 Uhr früh, ist der normale Alltag in Feldkirch und der Region von Götzis bis Frastanz bei der Einführung des Land- und Stadtbusses eingeleitet. Am Wochenende waren an drei Orten Eröffnungsfeste mit viel Spektakel, Clowns, Musikgruppen und volksfestartigen Belustigungen angesetzt. Eine Woche lang kann man den Bus gratis benutzen. Und das Angebot ist recht beachtlich: Allein in Feldkirch gibt es 120 Haltestellen für die gelben Stadtbusse (neun Exemplare), die übrigens weitgehend nach einer Studie der Schweizer Planer von «Metron» grossenteils neu errichtet wurden. Parallel dazu wurde auch der Landbus (zwölf Linien, 250 Haltestellen) gestartet.

Feldkirch wird durch zwei Ringlinien rund um den Stadtkern sowie durch drei Linien vom Stadtzentrum in die einzelnen Ortsteile erschlossen. Allerdings gibt es etliche Randgebiete, die bisher nicht angefahren werden. Der grosse Ortsteil Feldkirch-Tisis nahe der Grenze zu Liechtenstein ist – mit Ausnahme des

Landeskrankenhauses – überhaupt nicht in den Busverkehr einbezogen. Überdies ist mit Ausnahme der zwei Ringlinien (bis 23 Uhr) bereits zwischen 10 und 20 Uhr Schluss mit dem Busfahren.

Für künftige Planungen und Gespräche bleibt auch der grenzüberschreitende Verkehr nach Liechtenstein und in die Schweiz vorerst ausgespart. Darüber soll demnächst beraten werden. Eine erste Fahrplanänderung und Anpassung ist ab 23. Mai geplant, denn die liechtensteinischen Autobusse werden auch in Zukunft die Verbindung zwischen Buchs, Liechtenstein und Feldkirch aufrechterhalten.

### Attraktiver Landbus

Vernetzt und auf dem Stadtbus Feldkirch abgestimmt ist der Landbus, der ebenfalls am Wochenende den Betrieb aufnahm. 19 Gemeinden haben sich zu einem Gemeindeverband zusammengeschlossen. Zusammenarbeit lautete aber auch die nicht so selbstverständliche Kooperation zwischen insgesamt

acht privaten Busunternehmen mit der Post und dem ÖBB-Kraftwagendienst. Zwischen Götzis und Frastanz gibt es elf Linien sowie die Hauptlinie als Eilkurs von Götzis nach Feldkirch bis zum Krankenhaus und retour. 31 Fahrzeuge sind im Einsatz, davon ein Dutzend moderne Niederflerbusse.

### Auch Nachteile

Der gigantische Werbeaufwand für die Einführung allein des Stadtbusses (rund 200 000 Franken) wird weit in den Schatten gestellt durch die jährlichen Betriebskosten von etwa geschätzten 18 Millionen Schilling (2,4 Millionen Franken). Rund die Hälfte davon erwartet man sich aus dem Verkauf von Fahrscheinen. Vom Rest wird ein Drittel das Land zuschiessen. Nicht enthalten in diesen Summen ist der Bau von Haltestellen, die in aller Eile und oft an neuralgisch-kritischen Strasseneinmündungen errichtet wurden. Staus und fallweise recht lästige Umweltverschmutzungen in bisher ruhigen Wohngebieten dürften die Folgen sein.

## 33 Millionen Menschen ohne Arbeit

In den Industrieländern – Keine Trendwende in Sicht

Genf (spk/dpa) In den Industrieländern sind insgesamt 33 Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Durchschnittlich beträgt die Arbeitslosigkeit in den reichen Staaten acht Prozent. Die Volkswirtschaften erholen sich nur langsam von der Rezession, wie aus dem jüngsten Welt-Arbeitsbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hervorgeht.

Die Beschäftigungslage ist nach Einschätzung der ILO in den Industriestaaten nach wie vor düster. Die meisten Arbeitsplätze seien in der Bauwirtschaft und in der verarbeitenden Industrie verloren gegangen, hiess es am Dienstag an einer Pressekonferenz in Genf. Jedoch seien auch in den Dienstleistungs- und Büroberufen zahlreiche Arbeitsplätze abgebaut worden.

In den osteuropäischen Ländern habe der Übergang zur Marktwirtschaft «einen steilen Anstieg» der Arbeitslosigkeit verursacht. Zu 80 Prozent sei dies auf den Schrumpfungsprozess in den

Staatsbetrieben zurückzuführen. In Lateinamerika ist dem Bericht zufolge die Arbeitslosigkeit mit acht Prozent in den städtischen Gebieten nach wie vor hoch, obwohl Mitte der 80er Jahre ein wirtschaftlicher Aufschwung eingesetzt hat.

1990 haben 46 Prozent – 192 Millionen Menschen – unterhalb der Armutsgrenze gelebt, fünf Prozent mehr als zu Beginn der 80er Jahre. Die Industrielöhne sind von 1980 bis 1990 um 17,5 Prozent gesunken, der Mindestlohn hat sich sogar um 35 Prozent verringert.

In mehreren Staaten Asiens dagegen boomt die Wirtschaft. Schwellenländer wie Südkorea und Singapur leiden unter Arbeitskräftemangel. Malaysia und Thailand bewegen sich in die gleiche Richtung, so die ILO weiter. Dagegen betrage die Arbeitslosigkeit auf den Philippinen offizielle Schätzungen zufolge 15 Prozent. Mit zwei Millionen im Ausland Arbeitenden stellten die Philippinen weltweit das höchste derartige Kontingent.